

Privatwaldeigentümer und gesellschaftliche Ansprüche

Privatwaldeigentümer verstehen, gesellschaftliche Ansprüche zu berücksichtigen.

Unter dieser Prämisse werden aus der Thünen-Befragung im Rahmen des Projektes „Klimaschutz im Kleinprivatwald – für Eigentümer und Gesellschaft“ Ergebnisse vorgestellt, die aus der Sicht der Autoren sowohl für die Forstpolitik als auch für die Forstpraxis besonders relevant sind.

*Philine Feil, Christoph Neitzel,
Björn Seintsch, Matthias Dieter*

Im Zuge der bundesweit repräsentativen Thünen-Befragung wurden jeweils rund 1.200 Personen mit und ohne Privatwaldeigentum im Rahmen des vom Waldklimafonds geförderten Projektes „Klimaschutz im Kleinprivatwald – für Eigentümer und Gesellschaft“ (KKEG) befragt. Die Grundgesamtheit für die Befragung bildete die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Weil die Befragung über 70 Fragen an die Privatwaldeigentümer und fast 40 Fragen an die Personen ohne Waldeigentum beinhaltet, wird an dieser Stelle eine Auswahl von (gewichteten) Ergebnissen vorgestellt, die für die Forstpolitik und forstliche Praxis als besonders relevant eingeschätzt wird.

Wer sind die Privatwaldeigentümer?

Ziel der Befragung war es, mehr über die in weiten Teilen unbekannt Gruppe der Privatwaldeigentümer zu erfahren. Die Hochrechnung der repräsentativen Befragung ergab, dass es in Deutschland 1,82 Mio. Privatwaldeigentümer gibt. Von den befragten Privatwaldeigentümern war die große Mehrheit Eigentümer von Wald in der Größenklasse unter 20 ha (95,5 %), im Weiteren Kleinprivatwald genannt. Das Durchschnittsalter der befragten Privatwaldeigentümer betrug 52,3 Jahre, damit waren sie nur geringfügig älter als die Befragten der übrigen Gesellschaft (ohne Wald) mit 50,4 Jahren. Männliche Privatwaldeigentümer waren nicht ausgeprägt in der Überzahl: 41 % der befragten Waldeigentümer waren weiblich. Entgegen der bisherigen Annahme, dass viele Privatwaldeigentü-

mer sich eher selten mit ihrem Eigentum befassen und „waldfern“ leben, gab die große Mehrheit (82 %) der Befragten an, ihre Eigentumsgrenzen genau zu kennen. Auch leben die meisten Befragten in relativer Nähe zu ihrem Wald: Die Entfernung zwischen Wohnort und Waldeigentum betrug bei der Mehrheit (mindestens 75 %) unter 20 km.

Bei der Einordnung der Privatwaldeigentümer in die Sinus-Milieus (www.sinus-institut.de, s. Beitrag Krott und Neitzel) zeigte sich, dass mit zwei Drittel ein Großteil der befragten Privatwaldeigentümer Milieus der sozialen Mittel- und Oberschicht zuzuordnen sind. Die Mehrheit der Befragten (90 %) gab an, dass ihr Wald vor allem aus ideeller Sicht von Bedeutung ist, es scheint also eine emotional geprägte Eigentumsbindung vorzuherrschen. Dies dürfte für die zielgruppengerechte Ansprache von Relevanz sein, da offenbar der Nutzen- und Vermögenswert des Waldes eine untergeordnete Rolle spielt: Knapp die Hälfte (46 %) der

befragten Privatwaldeigentümer gab an, dass das Waldeigentum eine Rolle in der Naturalversorgung des Haushalts spielt, also beispielsweise zur Bereitstellung von Brennholz. Der eigene Wald als Vermögenswert oder zur Einkommenserzielung war für 36 % bzw. 8 % der Privatwaldeigentümer von Bedeutung.

Von den befragten Privatwaldeigentümern war mindestens ein Viertel seit weniger als 7 Jahren Eigentümer des Waldes. Durch Generationenwechsel kommen aktuell also jährlich etwa 65.000 Personen neu zu ihrem Waldeigentum, während „alte“ Eigentümer ausscheiden.

Kleinprivatwald und Klimaschutz

Nicht nur politisch und in forstlichen Fachkreisen ist die Bedeutung des Waldes für den Klimaschutz ein großes Thema. Auch die Privatwaldeigentümer und die übrige Gesellschaft sind mit 95 bzw. 96 % der Meinung, dass der deutsche Wald einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Bezüglich der Gefahrenwahrnehmung für den Wald unterschieden sich jedoch Privatwaldeigentümer und übrige Gesellschaft: Generell sahen Privatwaldeigentümer eher weniger Gefahren für ihren Wald (38 %), dafür standen aber bei der Gefahrenart solche an erster Stelle, welche mit dem Klimawandel in Verbindung stehen können (55 % Waldschädlinge, 30 % Sturmschäden, 23 % Brände/Trockenheit). In der übrigen Gesellschaft nahm zwar die Mehrheit (71 %) generell eine Gefahr für den deutschen Wald wahr, allerdings waren die meistgenannten Gründe eher anthropogene Bedrohungen, wie z. B. 36 % Übernutzung oder 34 % Umweltverschmutzung. Eine „Mega-Gefahr“, wie etwa in den 1980er-Jahren

Schneller Überblick

- In Deutschland gibt es etwa 1,82 Mio. Privatwaldeigentümer
- Privatwaldeigentümer und die übrige Gesellschaft haben überwiegend ähnliche Einstellungen zu Waldfunktionen und Waldbehandlungsmaßnahmen
- Die Aktivierung von Privatwaldeigentümern über forstliche Zusammenschlüsse erscheint mit Hemmnissen verbunden, hingegen sind Beratung und Betreuung durch staatliche Organisationen etabliert

das Waldsterben, wird aktuell für den deutschen Wald nicht wahrgenommen.

Vermehrung der Waldleistungen

Um die Einstellung der Befragten beim Bereitstellungsniveau von Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zu erheben, wurden diese in Paarvergleichen abgefragt (Abb. 1). Das bedeutet: Es wurde abgefragt, ob Maßnahme A oder B in Zukunft vermehrt umgesetzt werden soll, wobei darauf hingewiesen wurde, dass z. B. die Wahl für A automatisch bedeutet, dass Alternative B dadurch weniger umgesetzt werden kann. Diese Annahme sollte den Befragten die Begrenztheit des deutschen Waldes und daraus resultierende Nutzungskonflikte verdeutlichen und entspricht natürlich nicht völlig der Realität in einer multifunktionalen Forstwirtschaft, in der sich beispielsweise eine nachhaltige Holznutzung und Naturschutz auch ergänzen können.

Die Mehrheit der befragten Privatwaldeigentümer (60 %), ebenso wie die übrige Gesellschaft (79 %), gab hierbei an, lieber auf forstwirtschaftliche Holz-nutzungsmaßnahmen zu verzichten, um vermehrt Naturschutzmaßnahmen umzusetzen. Eine Vermehrung des öffentlichen Gutes Naturschutz hatte also bei beiden befragten Gruppen einen höheren Zuspruch als das private Gut Holz-nutzung. Gleiches war beim Paarvergleich Naturschutz und Erholung festzustellen. Von der großen Mehrheit der Befragten mit jeweils rund 80 % wurde eine vermehrte Bereitstellung von Naturschutzleistungen zulasten von Erholungsleistungen befürwortet. Hier herrscht bei beiden Gruppen die höchste Übereinstimmung. Die Antwort auf die Frage, worauf dieses Ergebnis zurückzuführen ist, würde eine vertiefende Untersuchung erfordern. Ein möglicher Erklärungsansatz kann in den wahrgenommenen Knappheiten vermutet werden. Während Holz-nutzung und Erholung im Wald deutschlandweit breit wahrgenommen werden können, könnte von den Befragten Naturschutz im Wald weniger stark wahrgenommen und daher stärker favorisiert worden sein.

Bei der Abfrage des Paarvergleiches Erholungsmaßnahmen gegenüber forstwirtschaftlichen Holz-nutzungsmaßnahmen zeigte sich, dass immerhin die Hälfte beider befragten Gruppen eine Zunahme der

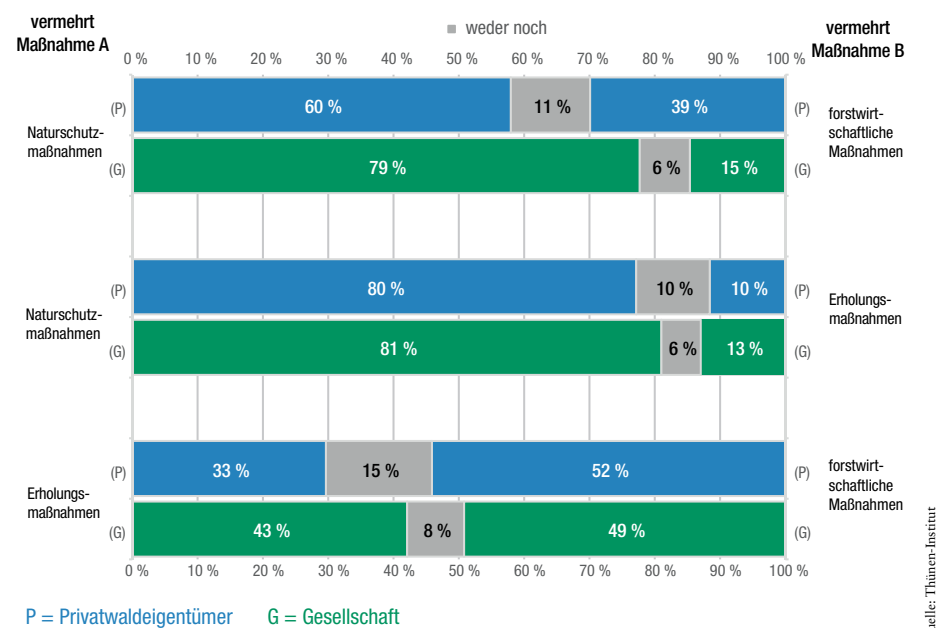


Abb. 1: Ergebnis der Thünen-Befragung zur Befürwortung für vermehrte Nutz-, Schutz- oder Erholungsmaßnahmen

forstwirtschaftlichen Nutzung bevorzugte. Lediglich knapp 40 % der Gesellschaft ohne Waldeigentum präferiert eine Zunahme der Erholungsmaßnahmen. In welchem Umfang eine Zu- oder Abnahme erfolgen soll, konnte nicht Bestandteil einer telefonischen Befragung sein. Auffällig ist, dass die Befragten ohne Waldeigentum in der Mehrheit keine Notwendigkeit sah, die Erholungsleistungen im Wald zu erhöhen.

Waldbehandlungsmaßnahmen

In der Thünen-Befragung wurden zudem Handlungen und Handlungsbereitschaften von Privatwaldeigentümern sowie deren Befürwortung in der übrigen Gesellschaft erhoben. Die Waldeigentümer wurden nach verschiedenen Waldbehandlungsmaßnahmen gefragt, die sie in der Vergangenheit durchgeführt haben (Handlungen) bzw. die sie sich künftig in ihrem Wald vorstellen können (Handlungsbereitschaften) (Abb. 2). Zum Abgleich wurde die übrige Gesellschaft befragt, welche dieser Maßnahmen sie im deutschen Wald befürwortet. Mit der Auswahl der Maßnahmen wurde versucht, die zentralen forstlichen Steuerungsgrößen zur Erfüllung menschlicher Ansprüche an den Wald abzubilden.

Von den acht Maßnahmen war bei vier eine hohe Übereinstimmung zwischen den Befragten ohne Wald und den Privatwaldeigentümern zu beobachten: Beide Gruppen befürworteten gleichermaßen die Vermeh-

rung von Laubwald, die Einzelbaum-Entnahme zur Waldpflege, die Holz-nutzung für Möbel und Brennholz sowie die Erhaltung von Einzelbäumen zum Artenschutz.

Die vier verbleibenden Maßnahmen wurden von den Befragten ohne Wald deutlich stärker befürwortet als von den Privatwaldeigentümern: Die Einführung von Neophyten, der Nutzungsverzicht auf ausgewählten Waldflächen zum Tier- und Pflanzenschutz, ein Betretungsverbot zum Tier- und Pflanzenschutz sowie die Pflege der Waldwege und Bereitstellung für Erholungssuchende.

Die geringste Zustimmung bei Privatwaldeigentümern fand die zukünftige Einbringung fremdländischer Baumarten: Eine Anpflanzung nicht heimischer Bäume wird lediglich von 28 % der Privatwaldeigentümer künftig beabsichtigt. Bei gravierenden Klimaänderungen könnten diese Baumarten für den Walderhalt jedoch an Bedeutung gewinnen.

Generell zeigte sich, dass die künftige Handlungsbereitschaft der Privatwaldeigentümer bei allen Waldbehandlungsmaßnahmen höher als das bisherige Handeln ist. Dieses Ergebnis verdeutlicht die Potenziale, zusätzliche Privatwaldeigentümer für Maßnahmen in ihrem Wald zu aktivieren.

Kommunikative Ansprache

Wie die wald- und agrarpolitischen Beiräte des BMEL in ihrem gemeinsamen Klimaschutzgutachten feststellen, muss

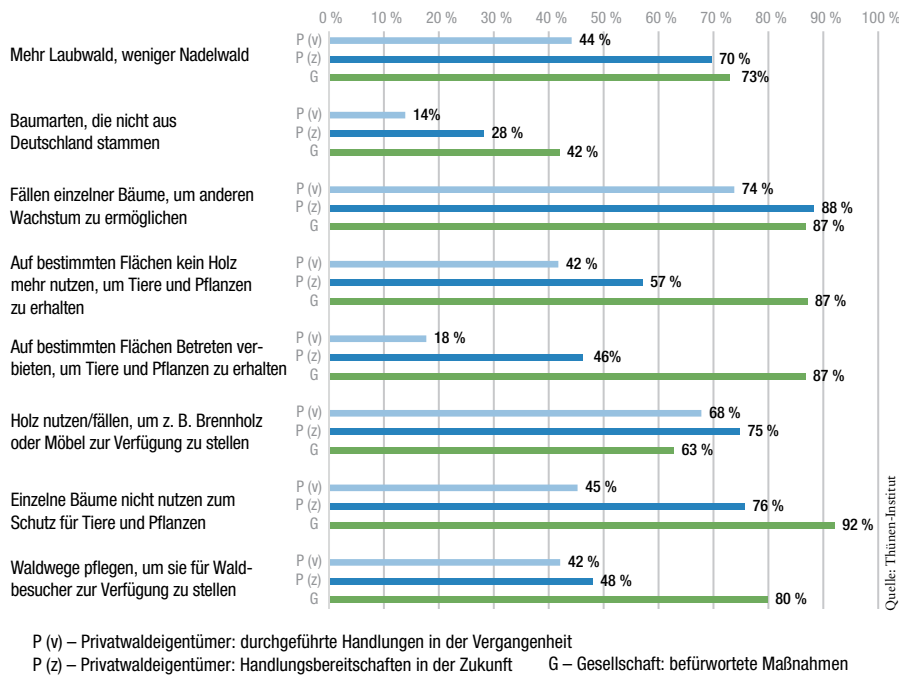


Abb. 2: Ergebnis der Thünen-Befragung zu Waldbehandlungsmaßnahmen

„eine Waldbewirtschaftung, die sich an Klimaschutz und -anpassung orientiert, [...] von den örtlichen Waldbesitzern und -bewirtschaftern umgesetzt werden. Dazu bedarf es [...] einer umfassenden Beratung und Betreuung der örtlichen Entscheidungsträger“ [1]. Wie lassen sich nun aber bei zunehmender Pluralität Privatwaldeigentümer effektiv und effizient ansprechen?

Fast die Hälfte der Privatwaldeigentümer bestätigte immerhin, dass sie sich in den letzten 12 Monaten einmal bewusst über den Wald in Deutschland durch Medien informiert hat. Als Hauptinformationsquelle nannten sie das Internet (57 %), gefolgt von Fachzeitschriften (47 %) und dem Fernsehen (44 %). Insgesamt erfolgt die Waldthemensuche selten wöchentlich (6 %), sondern überwiegend in halbjährlichen bzw. selteneren Abständen (54 %). Der Umgang mit dem eigenen Waldeigentum ist für die Mehrzahl der Privatwaldeigentümer also kein Tagesgeschäft, ihr Aufmerksamkeitsfenster für die Suche nach Waldthemen ist insgesamt als eher klein einzuschätzen.

Für die Informationsbeschaffung zu Waldthemen kommt dem Internet eine zentrale Bedeutung zu. Privatwaldeigentümer nutzten dabei um 4 bis 13 Prozentpunkte häufiger Smartphone, Laptop/PC oder Tablet als im Vergleich die übrige Gesellschaft. Privatwaldeigentümer dürf-

ten somit zunehmend über neue Medien und nicht überwiegend über persönliche Ansprache erreichbar sein.

Institutionelle Arrangements zur Aktivierung

Insbesondere zur Überwindung von Strukturdefiziten im Kleinprivatwald wird Forstbetriebsgemeinschaften (FBGs) ein hoher Stellenwert beigemessen. Von den befragten Privatwaldeigentümern gaben allerdings 71 % an, aktuell kein Mitglied in einer FBG zu sein. Dieser Gruppe von „Nicht-Mitgliedern“ wurden zwei weitere Fragen zur Bekanntheit solcher Zusammenschlüsse und zur Bereitschaft zur Mitgliedschaft gestellt: Von den Nicht-Mitgliedern wusste die Mehrheit von der Existenz solcher Zusammenschlüsse (71 %), eine Bereitschaft zur Mitgliedschaft signalisierte jedoch nur ein Drittel von ihnen (27 %). Damit waren insgesamt 51 % der befragten Privatwaldeigentümer nicht Mitglied in einer FBG und wollten es zum Erhebungszeitpunkt auch nicht werden.

Als Ansprechpartner für Entscheidungen, die im eigenen Wald getroffen werden müssen, wurden von den Privatwaldeigentümern v. a. staatliche Forstleute (48 %) genannt, gefolgt von Familienangehörigen (20 %). Immerhin fast 9 % der Privatwaldeigentümer gaben an, sich an niemanden zu wenden. In der

Betreuung bzw. des „hauptsächlich Kümmerers“ um den Wald geben Privatwaldeigentümer überwiegend (74 %) sich selbst oder Familienangehörige an und 5 % verweisen darauf, dass sich um ihren Wald niemand kümmert. So verwundert es auch nicht, dass ad hoc 74 % der Privatwaldeigentümer nicht für sog. „Rundum-Sorglos-Pakete“ zu begeistern sind.

Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass im Kleinprivatwald die herkömmlichen, bäuerlichen Bewirtschaftungsformen an Bedeutung verlieren. Dennoch zielen die bestehenden Förder-, Betreuungs- und Beratungsangebote überwiegend auf eine traditionelle Waldbewirtschaftung. Gut die Hälfte der befragten Privatwaldeigentümer nahmen nach eigenen Angaben in den letzten 10 Jahren Beratungs- und Betreuungsangebote in Anspruch, größtenteils von staatlichen Akteuren. Die Zufriedenheit mit den bestehenden Angeboten zur Beratung bzw. Betreuung fällt überwiegend (67 %) positiv aus, obwohl beachtliche 27 % angeben, dass sie dies nicht einschätzen können. Nach der Zukunft gefragt, würden sich 59 % der Privatwaldeigentümer lieber von staatlichen Forstleuten betreuen lassen und sehen überwiegend den Bedarf an mehr oder besserer Beratung und Betreuung in den Bereichen Waldpflege (51 %), Naturschutz- (45 %) und Klimaschutzmaßnahmen (38 %) sowie Waldumbau (33 %); vgl. dazu Tab. 1.

Mit 14 % hat lediglich ein kleiner Teil der Privatwaldeigentümer in den letzten 10 Jahren finanzielle Förderung zur Umsetzung von Maßnahmen im eigenen Wald in Anspruch genommen. Die Nichtteilnahme an Förderprogrammen wurde überwiegend mit der geringen Größe des

Kategorien	Häufigkeiten [%] ¹ N = 1.202
Waldpflege	51
Naturschutzmaßnahmen	45
Klimaschutzmaßnahmen	38
Waldumbau	33
Holzernte	24
Holzvermarktung	21
Erholungsmaßnahmen	16
Nutzungsaufschub/-verzicht	13
Sonstiges	4

¹ Mehrfachnennung war möglich

Tab. 1: Beratungs- und Betreuungswünsche in der Zukunft

eigenen Waldeigentums, der Unterlassung von förderwürdigen Maßnahmen sowie der Unkenntnis zu bestehenden Fördermöglichkeiten durch die Privatwaldeigentümer begründet.

Fazit und Ausblick

In der Thünen-Befragung wurden Privatwaldeigentümer zu ihrem Wald und die übrige Gesellschaft zum deutschen Wald (insgesamt) befragt. Ansprüche der Gesellschaft ohne Waldeigentum sind daher nicht ausschließlich an den deutschen Privatwald, sondern an alle Eigentumsarten adressiert und könnten z. B. ausschließlich im öffentlichen Wald verwirklicht sein. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass in der Befragung der Privatwaldbevölkerungs- („Köpfe“) und nicht flächenrepräsentativ („Wald“) erhoben, ausgewertet und dargestellt wurde. So entfällt auf 95,5 % der befragten Privatwaldeigentümer die Hälfte der deutschen Privatwaldfläche nach Bundeswaldinventur (≤ 20 ha) und auf die verbleibenden 4,5 % der Befragten die andere Hälfte der Fläche (> 20 ha). Wichtig ist auch der Hinweis, dass in der Thünen-Befragung bundesdurchschnittliche Werte erhoben wurden, die regional abweichen können.

Zentrale Ergebnisse und Folgerungen der Befragung für Forstpolitik und forstliche Praxis sind:

- Der deutsche Privatwald findet sich im Eigentum von 1,82 Mio. Personen. Infolge des Generationswechsels scheiden aktuell jährlich rund 65.000 „alte“ Eigentümer aus und „neue“ übernehmen das Waldeigentum. Hieraus ergeben sich Chancen, aber auch Herausforderungen, um diesen stetigen Strom „neuer“ Privatwaldeigentümer zu identifizieren, anzusprechen und zu aktivieren.
- Privatwaldeigentümer und Mitglieder der übrigen Gesellschaft haben überwiegend ähnliche Einstellungen zu Waldfunktionen und Waldbehandlungsmaßnahmen. Grundsätzlich deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die Waldbewirtschaftung in Deutschland breite gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Konsens findet und die Privatwaldeigentümer „Teil der Gesellschaft“ sind. Von den Privatwaldeigentümern wurden bei den Waldbehandlungsmaßnahmen häufiger Handlungsabsichten

als bisher durchgeführte Handlungen angegeben, was Möglichkeiten zu Aktivierung verdeutlicht.

- „Mega-Gefahren“ für den Wald in Deutschland werden durch die Mitglieder der Gesellschaft ohne Waldeigentum und durch die Privatwaldeigentümer für ihren Wald nicht wahrgenommen, jedoch lassen sich die am häufigsten genannten Gefahrenkategorien der Privatwaldeigentümer dem Klimawandel zuordnen.
- Zwei Drittel der deutschen Privatwaldeigentümer lassen sich vier der zehn Sinus-Milieus (s. dazu www.sinus-institut.de sowie Krott und Neitzel) zuordnen. Diese Befunde sollten bei einer zielgruppenspezifischen Ansprache von Privatwaldeigentümern sowie bei der Schaffung passender Angebote in Beratung und Betreuung vermehrt berücksichtigt werden.
- Bei Privatwaldeigentümern ist die Digitalisierung weit fortgeschritten. Neue Medien können daher auch verstärkt für eine kosteneffiziente Ansprache und Beratung von Privatwaldeigentümern genutzt werden.
- Die Aktivierung der Privatwaldeigentümer über forstliche Zusammenschlüsse oder sog. „Rundum-Sorglos-Pakete“ erscheint mit Hemmnissen verbunden, hingegen sind Beratung und Betreuung durch staatliche Organisationen etabliert und auch für die Zukunft gewünscht.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse will das Thünen-Institut vor allem nachfolgende Fragestellungen in der Restlaufzeit des KKEG-Projektes vertiefend analysieren:

- Was erklärt die Handlungsbereitschaften von Privatwaldeigentümern?
- Was erklärt den geringen Organisationsgrad von Privatwaldeigentümern in forstlichen Zusammenschlüssen und wie lassen sich Privatwaldeigentümer für forstliche Zusammenschlüsse vermehrt aktivieren?

Grundsätzlich ist zu hoffen, dass die Thünen-Befragung eine Informationsbasis für das Ziel der Waldstrategie 2020 der Bundesregierung bietet, die vielfältigen Waldansprüche der Gesellschaft an Klimaleistung, Biodiversität, Rohstoffe, Erholungsleistung und Energie zu erkennen, aufeinander abzustimmen und mögliche Konflikte zu lösen [2]. Hierbei kommt dem deutschen Privatwald, unter Berücksichtigung der Eigentümerziele, eine zentrale Bedeutung zu.

Literaturhinweise:

[1] Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft – BMEL (2016): Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung. Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz und Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik beim BMEL, Berlin, S. 355/356. [2] Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – BMELV (2011): Waldstrategie 2020: Nachhaltige Waldbewirtschaftung – eine gesellschaftliche Chance und Herausforderung. Bonn, S. 36.

ASS. d.F. **Philine Feil**, philine.feil@thuenen.de, und **Dr. Christoph Neitzel**, sind wissenschaftliche Mitarbeiter und **Dr. Björn Seintsch** ist Leiter des Arbeitsbereiches Waldwirtschaft in Deutschland des Thünen-Instituts für Internationale Waldwirtschaft und Forstökonomie, Hamburg, das von Prof. Dr. Matthias Dieter geleitet wird.

